

Widerstand gegen verschärftes Polizeigesetz

Gegen die umstrittene «Lex Fahrende» sowie die Kostenüberwälzung bei gewalttätigen Demonstrationen wird das Referendum ergriffen.



Das neue Polizeigesetz enthält einen «Camping-Artikel», der sich aber hauptsächlich gegen Fahrende richtet. Bild: Valérie Chételat

Das Stimmvolk soll über das neue bernische Polizeigesetz entscheiden können. Linke und Fahrende haben das Referendum gegen die umstrittene Totalrevision ergriffen. Sie haben Zeit bis Mitte Juli, um 10'000 Unterschriften zu sammeln.

Der Grosse Rat hatte das Gesetz im März verabschiedet. Umstritten ist unter anderem der Artikel, der die Wegweisung ausländischer Fahrender ermöglichen soll. Das sei «ein eigentlicher Zigeunerartikel», sagte Doris Bösch von der Fahrenden-Organisation schäft qwant.

Er stehe in der jahrhundertealten Tradition der Verfolgung, Diskriminierung und Ausgrenzung von Jenischen, Sinti und Roma. «Das Ziel ist nach wie vor, unsere Kultur zu zerstören.» Gegner der «Lex Fahrende» erwägen auch den Gang ans Bundesgericht, weil sie eine Verletzung des Diskriminierungsverbots sehen. Umstritten am neuen Polizeigesetz ist weiter, dass sich Veranstalter von Kundgebungen künftig an den Polizeikosten beteiligen sollen, wenn die Demonstration aus dem Ruder läuft. Linke Parteien mahnen, die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit sei infrage gestellt.

Die Kosten können überwält werden, wenn die Veranstalter keine Bewilligung eingeholt oder wenn sie grobfahrlässig gegen Auflagen verstossen haben. Doch die Organisatoren seien gar nicht in der Lage, sicherzustellen, dass sich zum Beispiel niemand verummme, sagte Grossrätin Simone Machado von der Grünalternativen Partei (GaP).

Teures Gartenfest

Sicherheitskosten könnten künftig auch an Private überwält werden, rief Christa Ammann (Alternative Linke) in Erinnerung. Wenn bei einem Gartenfest ein paar Leute nach 22 Uhr noch im Freien sassen und ein Nachbar einfach die Polizei rufe, drohe dem Veranstalter des Gartenfests eine saftige Rechnung.

Artikel zum Thema

Radikale Linke wagen Referendum



Linksausen-Parteien ergreifen das Referendum gegen das Polizeigesetz. Doch bereits das Zustandekommen wäre eine Überraschung. Denn auf echte Unterstützung von SP und Grünen hofften AL und Co. vergeblich. [Mehr...](#)

ABO+ Von Fabian Christl 27.03.2018

Sicherheitsassistenten mit Pfefferspray, aber ohne Polizeistatus

Das neue Polizeigesetz hat den Grossen Rat passiert. [Mehr...](#)

27.03.2018

Amnesty kritisiert Polizeigesetz

Amnesty International tadelt die Aufnahme einer neuen, auf Fahrende zielende Bestimmung im bernischen Polizeigesetz. [Mehr...](#)

24.01.2018

Die neue Regelung könne aber auch dazu führen, dass die Polizei nicht gerufen werde, obwohl es notwendig wäre. Komme es etwa zu häuslicher Gewalt, würden die Kosten dem Täter aufgelegt - das belaste aber nicht nur das Budget des Täters, sondern das der ganzen Familie.

Die Opfer könnten also davor zurückschrecken, die Polizei um Hilfe zu bitten. Der Artikel bedeute eine Abkehr vom Prinzip, dass die Gewährleistung von Sicherheit eine Staatsaufgabe sei, kritisierte Ammann.

«Schnüffelparagraph»

Störend ist für die Referendumsführer auch, dass die Polizei künftig ohne Anfangsverdacht einen Monat lang in der Privatsphäre von Leuten herumschnüffeln könne. Sie dürfe Menschen beobachten, filmen und abhören. Erst nach einem Monat brauche sie dafür eine richterliche Genehmigung.

Zum Referendumskomitee gehören unter anderen die Grünalternative Partei, die Alternative Linke Bern, die Partei der Arbeit (PdA), die Jusos Kanton Bern und die SP Stadt Bern, die Demokratischen JuristInnen Bern (djb) sowie der Verein schäft qwant. Im Grossen Rat kamen die Nein-Stimmen aus den Reihen von SP und Grünen. Ob und wie die beiden Kantonalparteien nun das Referendum unterstützen, ist nicht ganz klar. Sie sind zurzeit mit der Unterschriftensammlung für zwei weitere Referenden beschäftigt, die den Abbau bei der Sozialhilfe und tiefere Unternehmenssteuern verhindern sollen. (zec/sda)

Erstellt: 18.04.2018, 10:49 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein